

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **38 (1948)**

Heft 20

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

«Gusseisern oder handgeschmiedet...»

-an- Am Delegiertentag des Schweizerischen Gewerbeverbandes fielen einige Voten, welche nicht nur als «Standortbestimmungen» für das Gewerbe unseres Landes, sondern als grundsätzliche Feststellungen, die unsere ganze Wirtschaft angehen, gelten dürfen. Der Verbandspräsident, Nationalrat P. Gysler, wies auf das weitere Vordringen der Massenproduktion und des Massenvertriebs einerseits, das weitere Umsichgreifen des Kollektivismus andererseits hin. Das sind Dinge, die in den Augen bestimmter Kreise «normal und entwicklungs-mässig» sind, andern Kreisen aber, vor allem den Vertretern des Gewerbes... und fügen wir bei, auch der Kunst... bedenklich vorkommen müssen. Herr Gysler brauchte denn auch das Wort von den «bedenklichen Entwicklungen». Es liegt in dieser Bezeichnung die Sorge um andere als eben wirtschaftliche Angelegenheiten. Die Sorge nämlich um die «Sorte Mensch», die sich ein Leben noch anders vorstellt denn als tägliche Pendeln zwischen dem «Dienst in der Maschinerie und der Erholung in der Menagerie», wie das witzigerweise ausgedrückt wurde. Anders als die Abwechslung zwischen einer ungeliebten Arbeit «irgendwo» und einem wirklichen Lebensbeginn nach den obligatorisch «abgessenen» Arbeitsstunden. Einfach anders! So nämlich, dass man eine Arbeit ausführen darf, in der man selber lebt... Arbeit als Lebensinhalt! Dabei wird man nicht jede gewerbliche Arbeit, die heute geleistet werden muss, nun auch als ideal und als «würdigen Lebensinhalt» verteidigen. Aber eine ganze Reihe von Berufen haben sich bis heute behauptet (und es wird nicht nur die Sorge des Gewerbeverbandes sein, sie vor «Kollektivismus und Massenproduktion» zu retten!), Berufe, deren Vertreter ihre Lust und die Erfüllung ihres Lebens darin finden, täglich von einem Stern zum andern darin zu denken und zu arbeiten.

Vielleicht aber braucht es den Staat (dieses «kollektivistische» Tier!), um in bestimmter Absicht einzugreifen und die wertvollsten Gewerbe nicht nur zu retten, sondern unter Umständen erst wieder zu ermöglichen. Man denkt etwa an die Entscheidung über die Frage, ob ein Portal, das man «billig gusseisern» haben könnte, nicht «teuer handgeschmiedet» sein dürfte... weil «schön» auch etwas bedeutet, nicht nur billig. Solange die Menschheit an reichen Mäzenen alter Tradition immer ärmer, an «Neureichen ohne Ahnung» aber reicher wird, kann nur die öffentliche Hand den Markt für Kunst, Kunstgewerbe und Handwerk entscheidend verbessern. In der gegenwärtigen Konjunktur, wo die angehäuften Gelder in ungezählten Limousinen angelegt werden, während die Malergilde über auffallend schlechte Zeiten klagt, zeigt sich so recht die Ursache der Chancenverschlechterung gerade der edelsten «Gewerbe»: Es ist der Geist, der entscheidet, und der offenbar nicht besondere

Anregungen aus der Hochkonjunktur empfängt. Der Geist, der eine Arbeit schätzt, in welcher individuell-schöpferische Arbeit sich offenbart, zeigt deutliche Baisse-Anzeichen. Auch dies ist eine «bedenkliche Entwicklung».

Europäischer Kongress

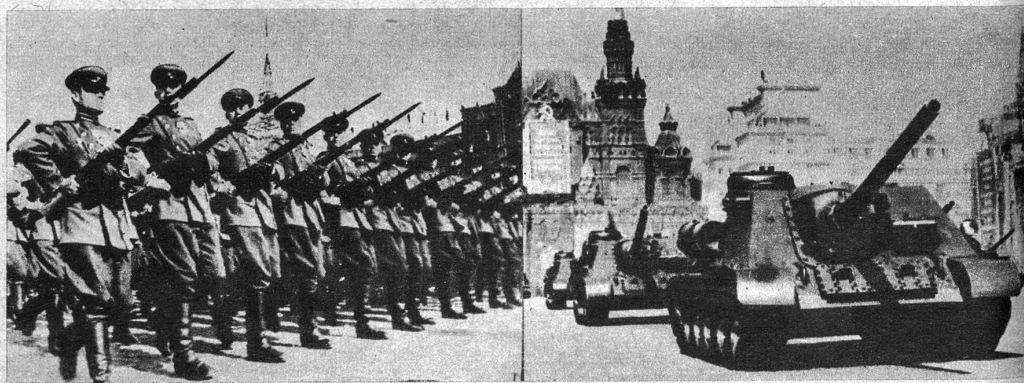
Ueber 800 Teilnehmer aus 16 europäischen Staaten haben sich in Den Haag eingefunden, um zu diskutieren, auf welchen Wegen man den «Vereinigten Staaten Europas» um einige Schritte näherkommen könnte. Dass es bereits so weit wäre, sie «zu beschliessen», darauf denken und glauben die Veranstalter selber nicht. Churchill aber, der als gewichtigster Initiator des Kongresses anzusprechen ist, behauptet, dass eine «Bewegung der Völker», nicht eine solche der Parteien, begonnen habe, und diese Bewegung der Völker wäre demnach die treibende Kraft, die zum erhofften Ziele führen müsste. Wir in unserer neutralen Schweiz, gewitzigt durch alle bisherigen Erfahrungen mit den «über- und internationalen» Zielsetzungen, Organisationen und Versammlungen, haben vorderhand nichts zu tun, als uns ein klares Bild über die wirkliche Situation zu verschaffen. Wir fragen uns, ob wirklich «eine Bewegung der Völker» begonnen habe.

Die abfällige Kritik Moskaus, die wieder nichts anderes sieht als eine gegen die Sowjets gerichtete Unternehmung, braucht uns dabei nicht zu beeinflussen. Radio Moskau sagt, es gehe darum, die europäischen Staaten ihrer Souveränität zu berauben. Wer sie dieser Souveränität berauben will, das wäre gerade die Frage, und lange genug haben wir schon darüber geredet, dass in der Welt nichts ändern werde, solange die grossen und kleinen Staaten auf ihrer hundertprozentigen Unabhängigkeit beharren. Aber Moskau scheint zu glauben, dass im Westen alles genau so wie im Osten zugehen müsse. Dass eine «Machtzentrale» die Einzelstaaten aufsaugen müsse, über kurz oder lang. Mit dem Unterschied, dass die «uneinigen Kapitalisten» etwas langsamer arbeiten als die «blitzschnellen» Herren der

Kominform und des russischen «Politbüros».

Es gehen übrigens Gerüchte um über einen russischen Plan, in Rumänien und Ungarn die Sowjetrepublik auszurufen. Die Verhaftung einer Anzahl früherer Sozialdemokraten in Rumänien wird als ein Schlag gegen mögliche Opponenten angesehen. Im Haag hat der frühere, bürgerliche Aussenminister Rumäniens, Gafencu, das Wort ergriffen und als Vertreter des europäischen Ostens den Westen zur Einigkeit ermahnt. Vielleicht bestimmt die Anwesenheit eines Gafencu Moskau, die Schrauben an den Fesseln Rumäniens enger anzuziehen... und nicht nur Rumäniens. Schliesslich läuft alles immer wieder darauf hinaus, dass eine Aktion der bürgerlichen oder auch der demokratisch-sozialistischen Kreise im Westen hinter dem russischen Grenzwall zur Abwehr vermeintlicher Verschwörungen führt. «Konservative aus Westeuropa, Rechtssozialisten, Pseudoliberalen, antirussische Provokateure, Verräter der Volksdemokratien und alle andern, die sich in den Dienst des amerikanischen Imperialismus gestellt» hätten, dies wären die Leute, die im Haag konferierten... schreibt ein Prager Blatt. Erwägt wohl Mokau die «Erweiterung der Sowjetunion», die Konstituierung der «Vereinigten Staaten» eines «volksdemokratischen Europa»? Vielleicht auch als Frucht einer «Völkerbewegung»?

Im Westen... dies ist nach Würdigung jeder östlichen Karikierung des Haager Kongresses zu sagen... würde man mit Laternen nach einer «begeisterten» Aktionsbereitschaft zur Verwirklichung eines europäischen Ueberstaates suchen. Ein holländisches Blatt sprach zwar bereits davon, es werde ein europäisches Parlament, einen europäischen Bürgerbrief und... eine europäische Rekrutenschule geben. Das heisst, das Blatt berichtet seinen Lesern, die den Kongress zusammenrufende «Bewegung für ein Vereintes Europa» erstrebe diese Dinge, und mehr als das: Auch eine «europäische Wirtschaft». Was soviel bedeuten würde wie das Fallen jeglicher Zollschränken. Aber so weit gesteckte Ziele glaubt man nur bei den



Moskau demonstriert seine Stärke. Moskau feierte das Fest der Arbeit, den 1. Mai, mit einer gewaltigen Truppenparade, die sowohl dem Inland wie dem Ausland die Macht der Roten Armee zum Bewusstsein bringen sollte. Das obere Bild zeigt Tanks neuester Konstruktion, welche in rascher Fahrt über den Roten Platz in Moskau donnerten und unten sieht man den Vorbeimarsch von Eliteinfanterie. (Photopress)

Leuten dieser Bewegung verwirklichen zu können. Und die Blätter, die darüber berichten, teilen diese Ideen lediglich einem mehrheitlich schlafenden Publikum mit. Dass der Kongress vor allem im Haag und damit in den Niederlanden ein Echo wecken und dass sich gerade in diesem Lande die Existenz eines «europäischen Vereinigungswillens» manifestieren müsste... gerade jetzt, während und nach dem Kongress, dies wird von der «Bewegung» erwartet. Denn einmal muss eine Flamme zünden, wenn ein Feuer aufgehen soll. Geht aber wirklich eines auf?

Die Schwierigkeiten

gehen ins Unendliche. Churchill hatte in seiner Rede davon gesprochen, dass für Partei-Interessen am soeben eröffneten Kongress kein Platz sei. Pünktlich meldeten sich die katholischen und sozialistischen Delegierten Belgiens, Hollands und Italiens und meldeten, sie seien über eine Menge der eingebrachten Resolutionen verstimmt, und sie müssten entweder den Kongress verlassen oder sich auf die Rolle von Beobachtern beschränken. Da hatten sich die Labour-Abgeordneten aus England, welche trotz Verbot ihrer Parteileitung nach dem Haag kamen, schon etwas darauf eingeblendet, dass sie sich über die Hecke eines Gruppen-Interesses hinweggesetzt hätten. Und siehe da, die Leute aus den kontinentalen Staaten, die offenbar Churchills Englisch nicht verstanden hatten, erwarteten die Tatsache der ewigen Sonderwünsche, an welchen «alles scheiterte, scheitert und scheitern wird...» Nationen, Religionen und Klassen, von den individuellen Querköpfen abgesehen, alle stehen wieder einander!

Bekanntlich werden die europäischen sozialistischen Parteien einen besondern Kongress abhalten, um über die gleichen Themen wie die «Bewegung für ein Vereintes Europa» zu diskutieren und abzustimmen. Der Moment scheint ihnen günstig zu sein, den Beweis zu leisten, dass nur auf Grund einer europäischen Wirtschaftsplanung die nationalen und sozialen Gräben überbrückt werden könnten. Das würde, wenn der Beweis gelänge, allenthalben einen guten Boden für eine erneuerte Innenpolitik abgeben. Man könnte in Frankreich und anderswo mit einem zügigen Programm vor

die Wähler treten... und man würde von gegnerischer Seite als Verräter der eigenen Nation verfehmt werden. Ein solches «Verrechnen» aber zieht man nicht in Frage. Denn man glaubt tatsächlich an das «sozialistische Europa».

Die klerikalen Parteien aber glauben an ihr christlich-demokratisches Europa. So wie die Engländer konservativer Prägung an ihr fortschrittlich-sozial-wirtschaftliches Europa glauben und dabei den Vorbehalt des «Empire» machen, das heisst, nicht daran denken, ihre Sondermacht, die sich auf die Verwurzelung in den überseeischen Dominien stützt, etwa zugunsten einer «verschmolzenen Gesamtsouveränität» Europas, aufzugeben. Wann hat man davon gehört, dass England und Frankreich daran dächten, «Europa» ihre Kolonien in Afrika... nicht die «Dominien» und auch nicht die halb-souveränen französischen Gebiete... als «gemeine Herrschaft» zu stiften? Die Wahrheit ist, dass Fortschrittspläne überall auf «Erb-schaften und Privilegien» stossen. Viele Ideen sind richtig, aber sie sind untauglich, weil das Vorhandene ihre Verwirklichung verhindert. Der Weg wird unendlich mühsam sein und immer wieder den Hohn der russischen Diktatur herausfordern, die nie verstehen kann, dass gewisse Dinge langsam wachsen müssen. Die

Entscheidung im Innern der Einzelstaaten sind es, worauf es ankommt... übrigens genau wie im Osten. Nur dass nicht die kommunistische Gleichschaltung, wie zuletzt in Prag, oder die nachträgliche Vernichtung der als Partei längst aufgelösten Sozialisten in Rumänien, Vorzeichen einer bevorstehenden «Eingemeindung» in den Verband des russischen Imperiums sein wird. Was die kommenden Jahre in allen Staaten des Westens, vom Nordkap bis nach Gibraltar und Palermo, bringen werden, das ist der Kampf zwischen den «europäischen» und den «sonderbündlerischen» oder isolationistischen Parteien. Man darf hier zu prophezeien wagen. Einzig für den Fall, dass die verschiedenen «pro-europäischen Bewegungen» alle im Sande verlaufen, stimmt eine solche Voraussage nicht. Wir können heute als «pro-europäisch» oder «unitarisch-europäisch» zweifellos die demokratisch-sozialistischen Gruppen rechnen. Ihnen werden

die auf den Osten eingeschworenen Kommunisten scharf opponieren und sich als «Isolationisten» erweisen, weil sie eben «nur östlich einverleibt» sein wollen. Parteien wie die Gaullisten in Frankreich müssen zwangsläufig einem Isolationismus verfallen, weil ihnen die «französische Union» allem vorangeht, auch jeder Form eines föderierten Europa. In derselben Linie stehen, Churchills Ideen zum Trotz, die britischen Konservativen. Dagegen können die «Mittelparteien», das MRP in Frankreich, die «Democristiani» de Gasperis in Italien und alle ähnlich gerichteten katholischen Gruppen, dazu die Liberalen in den kleinen Ländern des Nordens, unter allen lokalen Vorbehalten, einer bedingten Union freundlich gegenüber stehen. Was bisher in Brüssel unter dem «Fünfmächtebund», was in den «Sechzehn» an konstruktiven Gedanken zur Einigung des Westens durchgesetzt wurde, fusst auf der Einigungsbereitschaft der bürgerlichen und sozialistischen Mitte. Churchill hofft, diese Bereitschaft der Parteien werde von einer Bewegung der Völker mitgerissen. Ihm wie allen «hinreissenden Rednern» ist zu raten, sich zu überlegen, wo schliesslich die Ratifikation aller die Europaunion angehenden Verträge stattfindet: In den Parlamenten. Und dass die Parlamente in Volkswahlen geschaffen werden. (Oder in Spanien... eines Tages... durch einen Umsturz!)

Europa wird, wenn er als einiger «Bundesstaat» entsteht, ganz ähnlich wie die Schweiz zwischen 1830 und 48, den Entwicklungsweg über mehr als ein Dutzend separate innenstaatliche Prozesse finden müssen. Unübersehbare Wendungen und Wandlungen können diese Prozesse beschleunigen oder hemmen. Nehmen wir an, die «Democristiani» in Italien seien imstande, die Bodenreform in Süditalien, gegen die sich alle Grossgrundbesitzer, Fascesisten, Monarchisten und Pseudoliberalen wehren, durchzutrotzen. Gelingt das, dann werden dem revolutionären Kommunismus dort unten die Zähne ausgebrochen, und der politische Katholizismus kann seine Vorbehalte in der werdenden Europaunion viel stärker betonen. Umgekehrt aber? Oder nehmen wir an, das zähe Ringen des MRP in Frankreich um die Erhaltung des Regimes Schuman, die neuerliche Absage dieser Partei an de Gaulle, leite eine langsame, aber sichere Neuaufrichtung der Troisième Force ein. Dann stehen auch hier die «Unionsparteien» an der Führung. Oder überlegen wir schliesslich, dass «Westdeutschland» als Föderativstaat aufblühe, die alten Nazis ebenso wie die Kommunisten aussterben, dann erleben wir, dass «Europa geradezu die Hoffnung der deutschen Massen» wird. Was aber, wenn die «Atomisierung» weitergeht?

Und... weiter gesehen... was geschieht, wenn die entscheidenden Mächte sich in aussereuropäischen Fragen festlegen und für Europa nichts übrig haben? Auch Jerusalem, Griechenland oder Hinterindien, Indonesien, Algerien oder Madagaskar können die Blicke auf sich fesseln und von den «heimischen Angelegenheiten» ablenken. Lauter Fragen für den jetzigen und jeden spätern «Europakongress».

In der holländischen Residenzstadt den Haag tagt der Europakongress für einen Bund unter den europäischen Staaten. Der englische Kriegspremier Winston Churchill hielt eine grosse, politische Ansprache (rechts am Mikrofon), in der er darauf hinwies, dass er erstmals in Zürich für einen europäischen Staatenbund eingetreten sei und dass diese Idee seither grosse Fortschritte gemacht habe. Unser Bild zeigt die Präsidententribüne der Versammlung, von rechts nach links Winston Churchill, dann Kersten, der die Eröffnungsrede hielt, Prinz Bernhard der Niederlande, die Prinzessin Juliana und den Bürgermeister Den Haags, Dr. de Visser. (ATP.)



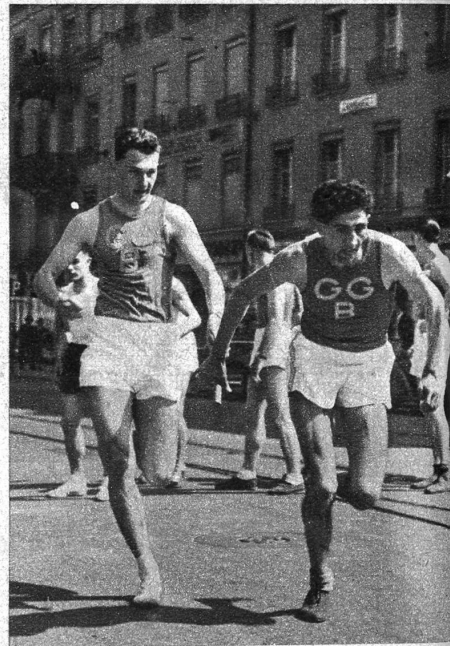
150 Jahre Tessiner Unabhängigkeit



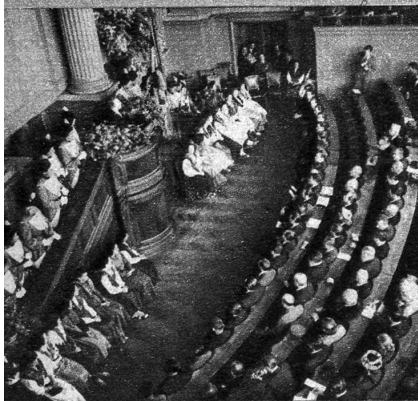
Bundespräsident Dr. Enrico Celio, gefolgt von Prof. Giuseppe Zoppi (rechts), den Vertretern des tessinischen Regierungsrates und von Mario Musso, schreitet durch das Spalier der Mitglieder der «Corpo dei volontari» auf die ETH zu, wo die Feier ihren Ausgang nahm. (Photopress)



Bundesrat von Steiger spricht. Der Grosse Rat und der Regierungsrat des Kantons Bern hat die bernische Bevölkerung wenige Wochen, nachdem der Untergang des alten Berns ehrend gedacht wurde, zu einer Feier «100 Jahre Bundesstaat» auf dem Bundesplatz Bern zusammengerufen, wo Bundesrat von Steiger in einer flammenden patriotischen Ansprache die Freiheit des Schweizervolkes pries. «Wir sind das freieste Volk der Welt!» rief Bundesrat von Steiger aus, «aber in der Demokratie bedeutet Freiheit Pflicht». (ATP.)



Imposanter Aufmarsch der Läufer am «Quer durch Bern 1948». Unser Bild zeigt eine Stafettenübergabe der siegreichen Mannschaft der Gymnastischen Gesellschaft Bern. (ATP.)



Die Tessiner Kolonie Zürichs beging am Sonntag die Feier der 150jährigen Unabhängigkeit des Tessins. Zu diesem Anlass hatten sich aus dem Heimatkanton und aus der übrigen Schweiz viele Tessiner in Zürich eingefunden.

Unsere Aufnahme: Blick in das Auditorium Maximum der ETH während der Begrüssungsansprache von Prof. Giuseppe Zoppi.

Rechts: König Abdullah von Transjordanien hat es nicht an Klarheit fehlen lassen, dass seine Truppen marschieren werden, wenn die Juden seine Vorschläge auf ein ungeteiltes Palästina nicht annehmen sollten. Unser Bild zeigt den streitbaren arabischen Märchenfürsten bei der Inspektion einer Panzerbrigade. — *Unten:* Ein neues Arbeitsfeld hat sich für das Internationale Rote Kreuz in Palästina eröffnet. Unser Bild zeigt den Genfer Jean Courvoisier (Mitte links) in Gesellschaft dreier Hagannah-Offiziere nach der Einnahme der arabischen Vorstadt Katamon von Jerusalem. Seine Aufgabe ist es, die überall schon seit Tagen herumliegenden Leichen aufzufinden und der Bestattung zuzuführen. (ATP.)

